

Wählen reicht nicht – werde aktiv bei der SAV!

6 Millionen Arbeitslose, Sozialabbau, millionenfache Obdachlosigkeit und Armut, Terror von Neonazis – Kohls Rechtsfront gehört abgewählt. Eine Linksfront aus SPD und PDS mit linker Politik wäre die zur Zeit günstigste Alternative zur Kohl-Regierung. Aber sie muß eine radikal andere Politik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und der Jugend machen.

Die Unternehmer haben 700 Milliarden DM auf der hohen Kante. Die Banken verdienen sich dumm und dämlich. 85 Milliarden in Deutschland besitzen 249 Milliarden DM. Diese Macht muß gebrochen werden. Das erfordert Kampf. Keine der linken Parteien ist dazu bereit. Wir warnen davor, daß sie die Politik der Kohl-Regierung, sollten sie die Wahl gewinnen, ähnlich fortsetzen.

Wir müssen uns organisieren, unsere Interessen in die eigenen Hände nehmen und Druck auf SPD, PDS und Gewerkschaften machen. Wir wollen keine abgehobenen Funktionäre in den Führungen dieser Organisationen. Sie sollen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn!

Die Sozialistische Alternative VORAN – SAV ist eine politische Kampforganisation. Wir wollen weder die Diktatur des Kapitals noch die Diktatur von Staatsbürokraten. Wir kämpfen für eine sozialistische Demokratie, in der die arbeitende Bevölkerung bestimmt, wo es langgeht.

- Schickt mir weitere Informationen über Eure Arbeit und Eure Politik
- Ich will Mitglied der Sozialistischen Alternative VORAN werden

Name, Adresse, Telefon

Ausschneiden und schicken an: Sozialistische
Alternative VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln
☎ 02 21 / 13 45 04 Fax 02 21 / 13 72 80

V.i.S.d.P.
A. Bankert
OO VORAN

Die Sozialistische Alternative VORAN – SAV fordert:

- ★ keine Plattform für Rassisten und Faschisten
- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller faschistischen Aktivitäten durch antifaschistische Bewegung, Gewerkschaften, SPD und PDS
- ★ das Recht auf Selbstverteidigung gegen Neonazis, kein Verlaß auf den Staat
- ★ demokratische Wahl und jederzeitige Möglichkeit der Abwahl von RichterInnen
- ★ gleiche Rechte und volles Wahlrecht für alle hier lebenden Menschen
- ★ Abschaffung aller Ausländergesetze, Wiederherstellung des Asylrechts, Schluß mit Abschiebungen
- ★ für gemeinsamen Kampf von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen gegen Armut, Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit
- ★ Wohnungen und Arbeitsplätze für alle, Ausländer und Deutsche
- ★ Rücknahme aller sozialen Kürzungen der Kohl-Regierung

Zeigt Kohl
die rote Karte

Keine Rassisten
und Faschisten in
die Parlamente

Wer kontrolliert den Wohnungsmarkt, Asylbewerber aus Kurdistan oder deutsche Makler? Wer betreibt Afrika oder deutsche Steuern, Flüchtlinge aus meinderat? Wer baut hunderttausende Arbeitsplätze ab, türkische Kumpel oder deutsche Unternehmer?

Sozialistische Alternative
VORAN – SAV



Keine Rassisten und Faschisten in die Parlamente

In den 30er Jahren wurden die Nazis vom Kapital unterstützt, finanziert und an die Macht gebracht. Im Interesse des Kapitals zerschlugen die Nazis die Arbeiterbewegung, eroberten halb Europa und steckten Millionen Zwangsarbeiter in KZs, wo sie bis zur Vernichtung ausgequetscht wurden. Die Juden wurden zu Sündenböcken für alles Übel gemacht.

Nützliche Idioten

Auch die heutigen Neonazis sind die nützlichen Idioten der Herrschenden. Heute sind es Asylbewerber und Ausländer, die für Mißstände verantwortlich gemacht werden. Deutsche werden gegen Nicht-Deutsche aufgehetzt. Die wirklich Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik sollen ungeschoren bleiben.

Die bürgerlichen Parteien und Medien haben das politische Klima selbst geschaffen, von dem die Neonazis profi-

Wahlrecht für Ausländer

Ausländer dürfen an diesen Staat Steuern zahlen, aber über deren Verwendung mitreden dürfen wir nicht. Die Begründung der Konservativen gegen Ausländerwahlrecht ist rassistisch: Demokratie gibt es in Deutschland nur für die Deutschen. Deutsch ist, wer deutsches Blut in den Adern hat.

Den Vorteil davon hat die politische Rechte: Viele Ausländer sind Arbeitnehmer und würden überwiegend links wählen. Durch die Verweigerung unseres Wahlrechts wird das politische Meinungsbild in vielen Städten und Arbeitervierteln verzerrt. So bleibt das Geschwätz der Politiker über die „Integration ausländischer Mitbürger“ reine Heuchelei. Wir fordern: Gleiches Wahlrecht für alle hier lebenden Menschen.

tieren: großdeutscher Nationalismus, Rassismus, die Propaganda gegen die „Asylantenflut“. Die Asyldebatte ist von dem damaligen CDU-Generalsekretär Rüge im September 1991 losgetreten worden, als er in einem Rundschreiben die CDU-Mitglieder aufforderte „die Asylpolitik zum Thema zu machen und die SPD herauszufordern“. Wenige Wochen später zeigten sich die ersten Folgen in Hoyerswerda. Die SPD-Führung beschloß ausgerechnet während der Ereignisse in Rostock die Beihilfe zur Abschaffung des Asylrechts.

Ablenkungs-Manöver

Inzwischen hat sich die Zahl der Asylbewerber fast halbiert. Aber die Probleme, für die die „Asylantenflut“ angeblich verantwortlich war, gibt es immer noch: es fehlen drei Millionen Wohnungen und sechs Millionen Arbeitsplätze, die Verschuldung der Kommunen steigt unaufhörlich. Hieran wird die ganze Lügenkampagne deutlich. Sie diente nur dazu, von den eigentlichen Ursachen abzulenken. Kaum ist das Asyl-Thema abgehakt, da werden uns die nächsten Sündenböcke präsentiert: „kriminelle Ausländer“, „terroristische Kurden“ oder „Sozialbetrüger“.

Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und andere soziale Mißstände haben nichts mit Ausländern zu tun, sondern mit unserer kapitalistischen Wirtschaft. Die Reichen werden immer reicher, und die Arbeitnehmer müssen zahlen.

Kein Verlaß auf den Staat

Seit der Vereinigung 1990 wurden über 60 Menschen von Neonazis ermordet. Aber Regierung, Justiz und Polizei sind auf dem rechten Auge blind. Im August 93 marschierten 500 Neonazis unter den Augen der Polizei unbehelligt durch Fulda. In Magdeburg jagten Neonazis Ausländer, die Polizei ließ sie nach kurzer Festnahme laufen und ging vor allem gegen die Ausländern vor, die sich selbst verteidigten. Gewalttaten von organisierten Neonazis werden als Jugendsünden verwirrter Einzeltäter verharmlost, entsprechend milde sind die Urteile. Der NPD-Vorsitzende Deckert



erhielt sogar per Richterspruch eine Bestätigung für seine Gesinnung. Die Angeklagten im Solinger Mordprozeß trainierten in einer Kampfsportschule, die von einem Mitarbeiter des Verfassungsschutzes geleitet wurde.

CDU/CSU und die rechten Medien haben in letzter Zeit entdeckt, daß Schönhuber rechtsradikal ist, der NPD-Vorsitzende Deckert und Co. unbekümmert die Auschwitz-Lüge verbreiten. Das ist kein ernstzunehmender Kampf gegen Neonazis, sondern damit wollen sie die Rep-Wähler zurückgewinnen.

Verbote faschistische Organisationen, wie es sie vereinzelt gegeben hat, sind nutzlose Alibi-Aktivitäten. Vorgeantwortet durch die Verbots-Ankündigung schaffen die Nazis alles Belastungsmaterial beiseite und organisieren sich nachher unter neuem Namen um. Wir müssen den Kampf gegen die Nazis selber führen.

